Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 19 (1999)

Heft: 38

Artikel: Entschleunigung der Finanzströme durch die Tobintax : oder warum Oskar Lafontaine gescheitert ist

Autor: Altvater, Elmar / Mahnkopf, Birgit

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652172

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 31.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Elmar Altvater / Birgit Mahnkopf

Entschleunigung der Finanzströme durch die Tobintax

Oder warum Oskar Lafontaine gescheitert ist*

Fangen wir mit der Re-Regulierung der in den vergangenen zwei Jahrzehnten weitgehend deregulierten globalen Geld- und Kapitalmärkte an. Die internationalen Finanzmärkte sind seit der finanziellen Deregulierung mit extrem hohen jahresdurchschnittlichen Raten gewachsen, die ein Vielfaches der Zuwachsraten von Weltproduktion und Welthandel ausmachen. Dahinter verbergen sich nicht nur die üblichen Kapitaltransaktionen, die zur Finanzierung des Welthandels und der Produktion (Direktinvestitionen) notwendig sind, sondern spekulative Bewegungen, die immer neue „financial instruments", Finanzinnovationen, hervorgebracht haben. Diese stellen zwar den Versuch dar, die Risiken individueller Kapitalanleger zu mindern und gleichen unter „normalen" Bedingungen, d.h. wenn die Kursschwankungen in einem System flexibler Wechselkurse nicht zu groß sind, infolge der „Arbitragespekulation" abrupte Kursbewegungen aus. Sie haben aber für die Funktionsweise des Systems als Ganzes eine niederschmetternde Wirkung: Sie steigern die finanziellen Instabilitäten und haben auch dazu beigetragen, daß die globalen Ungleichheiten, anders als die marktliberale Theorie unterstellt, in den vergangenen Jahrzehnten zugenommen und nicht abgenommen haben.

Daher gibt es Vorschläge, insbesondere die kurzfristigen, spekulativen Kapitaltransaktionen durch eine Kapitaltransaktionssteuer (Tobintax) zu verteuern (vgl. Huffschmid 1995; 1999; Kulessa 1996; Griffith-Jones 1998). Dies geschieht dadurch, daß auf alle grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen ein geringer Satz (von weniger als 1 Prozent) erhoben wird. Bei sehr kurzfristigen Kapitaltransfers müßten Zinsdifferenzen oder Wechselkursänderungen sehr hoch sein, um die Rentabilität des Geschäfts zu wahren.[1] Unter „normalen" Bedingungen würde also die Tobintax wirksam sein, in der Krise jedoch nicht. Wenn wie im Fall des mexikanischen Pesos 1994 oder der indonesischen Rupiah und des thailändischen Bahts 1997 oder im Falle des brasilianischen Real 1999 eine Abwertung von 50 Prozent und mehr erwartet werden kann, schreckt keine Tobintax vor der Flucht aus der abwertungsverdächtigen Währung.

Die Wirkungsweise der Tobinsteuer ist *erstens* nicht leicht einzuschätzen. Es ist keineswegs gesichert, daß die finanziellen Instabilitäten durch eine Belastung kurzfristiger Kapitalbewegungen geringer werden; es ist lediglich wahrscheinlich. Schon diese begründete Erwartung spricht für eine solche Steuer: die globalen Finanzmärkte müssen „entschleunigt" werden, nicht zuletzt wegen des enormen Instabilitätspotentials, das sich in Krisen Luft machen kann. *Zweitens* ist es unter den gegebenen Verhältnissen der globalisierten Welt fast ausgeschlossen, daß sich alle „Knotenpunk-

te“ im finanziellen Netz auf eine gemeinsame Regel verpflichten. Warum sollen Finanzplätze wie die Cayman Islands, Luxemburg oder die Londoner City sich die Geschäfte mit Finanzdienstleistungen durch eine Tobinsteuer verderben lassen? Gerade infolge der Globalisierung und der Entstehung der vernetzten Raumstrukturen ist das „free rider-Verhalten“ einzelner Finanzplätze viel wahrscheinlicher als in der durch „hartes“ internationales Recht regulierten Welt der Nationalstaaten. Daher ist eine verbindliche Einführung der Tobinsteuer mit großen Schwierigkeiten verbunden. Allerdings ist unter dem Schock der Finanzkrise „der Ruf nach Regulierung“ auch der „off-shore“-Finanzzentren lauter geworden.

Hinzu kommt, daß *drittens* die Verteilung des Steueraufkommens nicht konfliktfrei ist. Denn es wird auf einige hundert Milliarden Dollar geschätzt – Kulessa operiert mit einer Größenordnung von ca. 450 Mrd. US$ jährlich (Kulessa 1996: 99) – und könnte so dazu beitragen, daß auf monetärem Wege ein Teil der Ungleichheit der Einkommen (zwischen dem Norden und dem Süden) durch Transfers kompensiert werden könnte. Dies war das Projekt von Präsident Mitterrand auf dem Weltsozialgipfel 1995 in Kopenhagen, und auch Tobin selbst hat diesen Vorschlag unterbreitet (Tobin 1994).

Viertens könnte mit einer „Tobinsteuer'' auch eine Rücknahme der globalen Konkurrenz, die Stärkung regionaler Kreisläufe erreicht und die Standortkonkurrenz entschärft werden. Denn es ist nicht mehr so sanktionslos billig, die „Kapitalflucht“ anzutreten und wie das „scheue Reh“ Standorte zu meiden, weil dort beispielsweise die sozialen Kosten höher als anderswo sind. Die Tobinsteuer ist folglich ein marktförmiger (und somit Weltmarkt-konformer) Ersatz für nationalstaatliche Konvertibilitätsbeschränkungen, die allesamt seit den siebziger Jahren im Zuge der generellen Deregulierung gefallen sind. Wird es nicht möglich sein, marktförmig die Absichten zu erreichen, werden einzelne Regierungen – wie in der Finanzkrise die chilenische und malaysische – dazu gezwungen sein, die freie Konvertibilität der Kapitalbewegungen zu revozieren und Kapitalverkehrskontrollen an nationalen Währungsgrenzen einzuführen. Denn es ist ausgeschlossen, daß die globalen Kapitalmärkte auf Dauer mit dem im vergangenen Jahrzehnt vorgelegten Tempo weiterwachsen, ohne sozial und ökologisch verheerende Wirkungen zu zeitigen, gegen die Protektionismus nichts als eine Notwehrhandlung wäre.

Fünftens könnte von der Tobintax eine Senkung des Zinsniveaus erwartet werden, wenn durch Dämpfung der kurzfristigen Spekulation Risiken geringer werden. Wie im 5. Kapitel gezeigt worden ist, liegen die Realzinsen seit fast zwei Jahrzehnten über den realen Wachstumsraten, so daß Schulden entweder aus der Vermögenssubstanz von Schuldnern bedient werden[2] oder gestrichen werden müssen. Letzteres käme einer milden Währungsreform gleich, die aber angesichts der Globalisierungszwänge unbedingt vermieden wird. Eine dritte Möglichkeit ist die Anhebung der realen Wachstumsrate des BIP. Dies ist aber eine ökonomische Unmöglichkeit, wenn das Niveau bereits hoch ist und gleich bleibende oder gar steigende relative Zuwächse immer größere absolute Beträge des BIP

verlangen. Bei gleichzeitig sinkender Kapitalproduktivität (bzw. steigendem Kapitalkoeffizienten) müßten Investitionsrate und Sparrate beträchtlich gesteigert werden, sollte dieser Strategie ernsthaft gefolgt werden. Auch verteilungspolitisch wäre die Steigerung der realen Wachstumsrate ein regressives Projekt, da ja die Sparrate allenfalls erhöht werden könnte, indem Masseneinkommen, die fast vollständig in den Konsum gehen, gesenkt und Gewinneinkommen, aus denen akkumuliert wird, angehoben werden. Schließlich ist das Erklimmen eines neuen, auf höherem Niveau gelegenen Wachstumspfades ein ökologisches Unding, wenn die Grenzen des Umweltraums bereits überschritten sind und daher eine Reduktion des Naturverbrauchs angesagt ist.

Dann bleibt nur die vierte Möglichkeit, die schon Keynes (1936/1964) präferierte: die Senkung der Realzinsen unter die „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals" und unter die reale Wachstumsrate des BIP. Doch diese Möglichkeit ist infolge der Globalisierung eine Unmöglichkeit, jedenfalls innerhalb des von der jeweiligen Zentralbank nicht mehr kontrollierbaren nationalen Währungsraums. Also kann dieses Projekt nur global umgesetzt werden: durch koordinierte Zins- und Wechselkurspolitik. Dafür stehen freilich die Chancen schlecht, wie die offene Feindschaft nahezu aller globalen Akteure von Lombard bis Wall Street, von Berlin bis Frankfurt gegen das Projekt Oskar Lafontaines im Winter 1998/ 99 und das schließliche Scheitern des Projekts demonstrieren. Allerdings ergibt sich daraus eine nahezu eherne, sarkastisch zu konstatierende Konsequenz: Auch im neuen Jahrhundert werden die Finanzkrisen – infolge der Überforderung von Schuldnern mit dem Schuldendienst auf der einen Seite und der Akkumulation von wachsenden Forderungen wegen der ebenfalls wachsenden Geldvermögen auf der anderen Seite der globalen Bilanz – in kurzen Abständen periodisch ausbrechen, bis sie nicht mehr regulierbar sind und dann das „Systemrisiko" Wirklichkeit wird.

Anmerkungen

1 Wenn eine Kapitalsumme dreimal pro Jahr transferiert wird, also sechsmal die Grenze wechselt, müßte bei einem Satz von 0.5 Prozent das Zinsdifferential mindesten 3 Prozent betragen. Je kurzfristiger die Transaktionen, desto höher müßten die Zinsdifferenzen sein und desto unwahrscheinlicher ist es, daß die Transaktionen zustande kommen. Langfristige Kapitalbewegungen hingegen wären von der Tobinsteuer fast gar nicht belastet.

2 Dies ist einer der Gründe für den Privatisierungsfuror öffentlichen Eigentums überall in der Welt. Die öffentliche Vermögenssubstanz wird privaten Geldvermögensbesitzern übereignet, die sie so umstrukturieren, daß sie gewinnträchtig verwendet werden kann. Die sozial ausgleichende Versorgung mit öffentlichen Gütern ist in vielen Fällen nicht mehr gewährleistet. Auch dies ist eine Verteilungsfrage des 21. Jahrhunderts. Doch trotz der Privatisierung sind fast überall die öffentlichen Schulden weiter gestiegen.

Literatur

Griffith-Jones, Stefany, 1998: Global Capital Flows – Sould They be Regulated. Houndsmills et al.

Huffschmid, Jörg, 1995: Eine Steuer gegen die Währungsspekulation. In: Blätter f. deutsche u. internationale Politik, H. 8

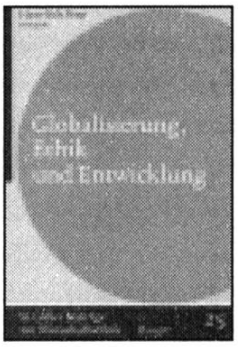
Ders., 1999: Die neue internationale Finanzarchitektur. In: Blätter f. deutsche u. internationale Politik, H. 6

Kulessa, Margareta E., 1996: Die Tobinsteuer zwischen Lenkungs- und Finanzierungsfunktion. In: Wirtschaftsdienst, II

Tobin, James, 1994: A Tax on International Currency Transactions. In: UNDP, Human Development Report, Oxford/New York

* Wir danken dem Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster, für den Nachdruck aus dem Buch *„Grenzen der Globalisierung"*, das im Dezember 1999 *in 4. und völlig überarbeiteter* Auflage erschienen ist. Im Kontext dieses Heftschwerpunktes ist auf diese 4. Auflage ganz besonders aufmerksam zu machen: ein für die Kenntnissnahme und Einschätzung der aktuellen und kontroversen Globalisierungsdiskurse unverzichtbares politisches Buch! Ausführungen zu O. Lafontaines Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik vgl. O. Lafontaine: Das Herz schlägt links. München, 1999. Siehe auch den Beitrag von J. Bischoff in diesem Heft. Die Red.

Hauptsache: Wirtschaftsethik



Hans-Balz Peter (Herausgeber)
Globalisierung, Ethik und Entwicklung
Die Globalisierung verschärft und expandiert den Wettbewerb über die Konkurrenz zwischen Unternehmungen hinaus auf die institutionelle Konkurrenz zwischen Staaten als Wirtschaftsstandorten. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Entwicklungszusammenarbeit?
1999. «St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik» Band 25.
171 Seiten, 9 Abb., Fr. 48.–/DM 54.–/öS 394.– ISBN 3-258-06088-6

Peter Ulrich, Thomas Maak, Beat Dietschy (Herausgeber)
Arbeitspolitik für alle. Eine Debatte zur Zukunft der Arbeit
Im Mittelpunkt dieses Bandes stehen die zentralen Zukunftsfragen: Wie wird es angesichts der fortschreitenden Wegrationalisierung traditioneller Erwerbsarbeit möglich sein, der Arbeit im Sinne erwerbsorientierter Tätigkeit einen zeitgemässen Stellenwert im Leben aller einzuräumen? Wie kann jedem ein Leben in Würde und Freiheit ermöglicht werden?
1999. «St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik» Band 24.
253 Seiten, 30 Abb., Fr. 64.–/DM 72.–/öS 526.– ISBN 3-258-06044-4

Verlag Paul Haupt Bern · Stuttgart · Wien
Falkenplatz 14 · 3001 Bern · Telefon 031 · 301 24 25 · Fax 031 · 301 46 69
E-Mail: verlag@haupt.ch · www.haupt.ch